

Platz abbeck

Nr. 1, Februar 2006

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

Messe-Affäre:

Stadtspitze nicht entlastet

Die CDU jubelt. Durch das Gutachten der Bezirksregierung zur Messe-Affäre sei Oberbürgermeister Schramma „entlastet“. Wir sind Dreistigkeiten von Politikern gewohnt. Doch manchmal ist man doch überrascht. Die CDU ignoriert den Inhalt des Untersuchungsberichtes und behauptet fröhlich das Gegenteil, in der Hoffnung, diese Beruhigungsschule würde über die Medien verabreicht. Zu früh gejubelt. Zu frech, zu durchschaubar ist dieses Manöver.

Der Bericht der von CDU-Mann Lindlar geführten Bezirksregierung zum Geschäft der Kölner Messe und der Stadt mit dem Oppenheim-Esch-Fonds über Bau und Miete der neuen Messehallen Nord bietet ein anderes Bild:

Es kann laut dem Bericht nicht geklärt werden, ob der Stadt wirtschaftlicher Schaden entstanden ist, da die nötigen Unterlagen zur Klärung dieser Frage nicht von der Stadtspitze zur Verfügung gestellt wurden. Es wären nur die Unterlagen herausgerückt worden, nach denen ausdrücklich gefragt worden sei. Regierungspräsident Lindlar muss zugeben, nicht genug Informationen zu haben, den Vorgang umfassend bewerten zu können.

Die Stadt hat außerdem mehrfach gegen die Gemeindeordnung verstoßen, unter anderem, indem sie das bürgerschaftsähnliche Geschäft nicht beim Regierungspräsidenten angezeigt hat. Dies hätte direkt nach dem Ratsbeschluss vom 18.12.2003 passieren müssen. Diese Anzeige liegt bis heute nicht vor.

Nur in einem Punkt „entlastet“ der Bericht die Stadtspitze und teilt deren Einschätzung: Nach der Rechtsauffassung der Bezirksregierung verstößt die Stadt mit dem Verzicht auf eine Ausschreibung nicht gegen die Vergaberichtlinien der EU.

Fortsetzung Seite 3

ARGE und GEZ

Spiegeln, Spiegeln an der Wand ...

...so wetteifern ARGE und GEZ nun schon einige Zeit miteinander. Dabei geht es allerdings nicht um Schönheit, sondern um die Vereinfachung der Gebührenbefreiung von der GEZ. Jeder von beiden glaubt, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben - aber man wird sich nicht einig. Auf der Wartebank sitzen derweilen die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II - und Berge von Anträgen, die bei der GEZ auf Bearbeitung warten. „Derweilen liegt die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Befreiungsanträge bei ca. zwei Wochen“, so die Aussage des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der GEZ in einem Schreiben vom 04.01.2006 an die Fraktion Die Linke.Köln. Betroffene berichten von wesentlich längeren Wartezeiten.

Seit Inkrafttreten des 8. Rundfunkänderungsvertrages am 1. April 2005 ist die GEZ nämlich alleine zuständig für die Anträge der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II auf Befreiung von Rundfunk- und Fernsehgebühren. Bis dahin wurden die Anträge auf Befreiung durch die Sozialämter vorgenommen. Eine Durchschrift der Befreiung wurde der GEZ elektronisch übermittelt. Dieses Verfahren lief wesentlich zügiger ab.

Die Fraktion Die Linke.Köln wandte sich mit einem Antrag und einer Anfrage über den Rat und den Sozialausschuss an die ARGE und mit einem Schreiben an die GEZ mit der Bitte um Vereinfachung des Verfahrens. Die Antworten kamen prompt - allerdings nahm jede Seite für sich in Anspruch, das geeignete und derzeit machbare Verfahren entwickelt zu haben:

Die Verantwortlichen der GEZ schlagen vor, „dass auf die im Gesetz vorgesehene Übersendung des Originalbescheides oder (der) Beglaubigung (der ARGE) verzichtet werden kann, wenn die Behörde auf dem Antragsvordruck zur Gebührenbefreiung in dem dafür vorgesehenen Feld bestätigt, dass der Originalbescheid vorgelegen hat und die Daten mit den Antragsdaten übereinstimmen.“ Außerdem entwickelt sie derzeit „ein elektronisches Verfahren, mit dem die benötigten Daten von der Behörde an die GEZ auf einfachem Wege übermittelt werden können. Dieses Verfahren soll im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen auf Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht die manuelle Bearbeitung der meist mehrseitigen Leistungsbescheide ersetzen.“

Die ARGE weist in ihrer Antwort auf die Anfrage erst einmal jede Zuständigkeit für die Befreiungsanträge zurück und sieht „keinen Einfluss auf das Bewilligungsverfahren der GEZ.“ Das oben erwähnte elektronische Verfahren, das die GEZ zurzeit entwickelt, „ist in der ARGE nicht bekannt.“ Sie nimmt für sich ein „standardisiertes Verfahren“ in Anspruch. Danach wird den Kunden „auf Wunsch ein weiterer Ausdruck des aktuellen Bewilligungsbescheides als Zweitschrift ausgehändigt. Darauf wird (...) bestätigt, dass die Zweitschrift durch die ARGE ausgegeben wurde.“

Vertreter der ARGE werfen der GEZ vor, dass sie mit ihrem Vorschlag die Entscheidung, wer von den Gebühren befreit werden soll, auf die ARGE abwälzen möchte.

weiter Seite 7

Aktiv werden gegen Rechts:

Im Vorfeld der Protestaktionen findet am 20. Februar, 19.00 Uhr im Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429 eine Informationsveranstaltung zum Thema Neonazismus statt, ebenfalls in Porz am 2.3., Jugendzentrum Glashüttenstraße, 19 Uhr. Dort werden auch Aktionen am 4.3. geplant.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 15.2., 18.00 Uhr im Bezirksrathaus Ehrenfeld, Venloer Str. 419-421, statt.

In Porz trifft sich das Vorbereitungsbündnis am 17.2., um 18 Uhr im Bürgerzentrum Engelshof, Oberstr. 94-96.

www.pds-koeln.de
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.wasg-koeln.de

Im Juli 2005 trat das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) für Strom in Kraft, im Oktober die entsprechende Verordnung für den Gasbereich. Das Ganze war eine Umsetzung von EU-Vorschriften und soll dazu dienen, „mehr Wettbewerb“ in den Energiemarkt zu bringen. Als ein Effekt wurde versprochen, dass durch mehr Konkurrenz die Verbraucherpreise gesenkt werden können.

Schon damals hat das ernsthaft kein Mensch geglaubt, der sich auch nur ein bisschen mit der Materie befasst hat. Allein die Tatsache, dass aus den bislang knapp über 20 Paragraphen im Energierecht 118 geworden sind, die wiederum mindestens 15 Rechtsverordnungen nach sich ziehen, dass eine Regulierungsbehörde mit erheblichem Personalaufwand geschaffen wurde, macht deutlich, dass hier nicht vereinfacht, sondern verkompliziert wurde. Außerdem kann die Regulierungsbehörde die Kontrolle über die Netzentgelte ausüben - die aber machen im Höchstfall 30 Prozent der Endverbraucherpreise aus. Die Zusammensetzung der restlichen zwei Drittel bleibt „Betriebsgeheimnis“. Insbesondere die Kalkulation der Gaspreise hat es in sich. Dort gilt seit 40 Jahren eine Koppelung vom Gas an den Ölpreis. Sie wurde eingeführt, als die Bundesrepublik das erste Gas aus der Sowjetunion bezog. Weil der Rubel nicht als „harte“ Währung galt, einigte man sich auf den Vergleich mit dem Ölpreis. Diese

Zurück zur Talgkerze? Strom- und Gaspreise explodieren

Prämisse ist allerdings seit der Auflösung der Sowjetunion Schnee von gestern. Seit Jahren fordern deshalb Verbraucherschützer und Verbraucherverbände eine Aufhebung der Koppelung. Erst vor einigen Tagen bekräftigte auch Kartellamtschef Ulf Böge in einem SPIEGEL-Interview: „Ich halte die Koppelung von Öl- und Gaspreis für ökonomisch wie ökologisch falsch!“.

In der Praxis erleben alle Strom- und Gasverbraucher, dass die Preise kräftig steigen, in den meisten Gemeinden ein- bis zweimal im Jahr um bis zu 10 Prozent. Begründet wird das von den Versorgungsunternehmen pauschal mit gestiegenen Weltmarktpreisen für Strom und Gas.

Dennoch: Die massiven Proteste der Verbraucher zeigen inzwischen erste Wirkungen. Seit der Bund der Energieverbraucher Musterformulare ins Netz gestellt hat, mit denen man beim Strom- und Gasversorger Vorbehalte gegen angekündigte Erhöhungen anmelden kann, seitdem auch Klagen bei verschiedenen Gerichten positiv entschieden wurden, sieht sich auch die Politik gefordert. Hessens Wirtschaftsminister lehnte die Preiserhöhungsgenehmigungen der Stromversorger pauschal ab. In NRW

wurden von rund 100 Anträgen 61 gekürzt. Hier liegt die durchschnittliche Erhöhung bei 3,5 Prozent. Alle Anträge und die genehmigten Tarifierhöhungen können übrigens im Internet unter www.mwme.nrw.de nachgelesen werden. 1500 eon-Kunden in Essen, die gegen die Preiserhöhungen protestiert hatten, erhielten inzwischen neue Jahresrechnungen mit genauen Auflistungen der Erhöhungsgründe. Auch bei Zahlungsverweigerung dürfen übrigens die Unternehmen nicht einfach Strom oder Gas abstellen. Der Kunde hat ein Recht auf einen Angemessenheitsnachweis. (Näheres unter: www.energiepreise.de).

Angesichts der ungebremsten Preistreiberei der Strom- und Gaskonzerne wird zunehmend auch die Forderung nach einer Rekommunalisierung erhoben. Die Stadtwerke Aachen, Soest und Unna haben den Austritt aus dem von den Großkonzernen dominierten „Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft“ beschlossen. Die Stadtwerke Bochum und Dortmund planen mit Gelsenkirchen den Bau eines eigenen, großen Gasspeichers im Münsterland.

Helga Humbach

Beraubt. Entwürdigt. Entrechtet. Enteignet. Arisiert. Kulturgutverluste der jüdischen Bevölkerung erforschen

Zur Vorgeschichte

„Arisierung“ – dieses antisemitische Hetzwort umschreibt die unmenschlichen Handlungen der zwischen 1933 – 1945 staatlich angeordneten Entrechtungs- und Enteignungsmaßnahmen, denen der NS-Unrechtsstaat systematisch die Juden bis hin zum Raubmord aussetzte. Bei ihren Raubzügen fanden die NS-Schergen mit tatkräftiger Hilfe von Kunstscherverständigen immer wieder Bilder, Skulpturen und Kunsthandwerk, das sie sich widerrechtlich aneigneten; und dies unter den Augen der Bevölkerung. Was nicht einfach geraubt wurde, ließen sich die Nazis kurzerhand als Faustpfand gegen eine Ausreise „bezahlen“. Allzu oft zu einem geradezu lächerlichen Preis. Für die in ihren Augen „entartete Kunst“ gaben sie keinen Groschen her.

Zur Nachgeschichte

Viele Kulturgüter sind verschollen, spurlos verschwunden. Private und öffentliche Sammler sind nach wie vor wissentlich oder unwissentlich Besitzer unzähliger Kunstgegenstände, die den jüdischen Eigentümern durch Raub, Beschlagnahme, Enteignung oder Verkaufszwang weggenommen wurden.

Zur Geschichte

Wiedergutmachen. Herkunftsforschung. Moral und Ethik vor Rechthaberei – die öffentlichen Museen bemühen sich darum. Das verfolgungsbedingt entzogene Kulturgut, darin ist man sich einig, muss an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Erben zurückgegeben werden. Das ist leichter gesagt als getan. Tausende Ausstellungs- und Depotstücke der Museen müssen auf ihre Herkunft überprüft und „dingfest“ gemacht werden. Viele Ankäufe, Schenkungen oder Leihgaben aus dieser Zeit, aber auch noch aus der Nachkriegsära, liegen im Dunkeln. Die Bestandskataloge lügen weiter wie gedruckt.

Von über 100 Bildern des Wallraf-Richartz-Museums/Fondation Courboud (WRM/FC) ist unbekannt, wem sie gehören. Nur bei rund 200 Gemälden steht inzwischen fest, dass die Eigentümer nicht ermittelt werden können. Was in Kölner Villen, Bungalows, Bankhäusern und Versicherungspalästen an NS-Raubkunst hängt und steht, bleibt ungeklärt: ein heikles, verschwiegene Thema.

An die Kölner Museen werden regelmäßig Rückgabeansprüche (Restitutionen) gestellt. Dabei geht es häufig um Kunstwer-

ke von großer Bedeutung und hohem Wert. Zur Klärung der Rückgabe oder des Rückbehalts sind wegen der unsicheren Quellenlage umfangreiche und sensible Forschungen notwendig. Hierzu ist eine Fachkraft erforderlich, die sich auskennt. Kunsthistorische Kenntnisse reichen dabei nicht aus. Köln hatte vor einigen Jahren dank Sponsoring eine Forschungsstelle befristet eingerichtet. Die Arbeitsergebnisse fanden weltweit Beachtung. Seit dem ist die Stelle verwaist, und es wird nicht mehr nachgeforscht. Kommissar „Zufall“ löst ab und an einen Fall. So jetzt – außerhalb des Museums aufgespürt – die Entdeckung von zwei Bildern, die dem WRM/FC 1954 und 1960 zugestiftet wurden und die die Verwaltung dem Rat zur Rückgabe vorschlägt: „Ländliche Szenen“ (1677) von David Teniers d.J. und „Kuh auf der Weide“ (o.D.) von Constant Troyon.

Die Fraktion Die Linke.Köln hat zur Ratssitzung am 14.2.06 die dauerhafte Wiederbesetzung der Forschungsstelle ab 2007 im Stellenplan beantragt. Nur so ist fortan gesichert, dass sich die Stadt Köln ihrer kunsthistorischen Vergangenheit und Zukunft verantwortlich stellt.

Wolfgang Breuer

In den Bezirksvertretungen

■ Mülheim

„Lokales Kapital für soziale Zwecke“

Seit dem Jahr 2003 werden im Rahmen eines Bundesprogramms des Europäischen Sozialfonds „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS) Mikro- und Modellprojekte in sozialen Brennpunkten unterstützt. Ferner werden bis zum Jahr 2007 Mikroprojekte in den Fördergebieten aus der Bundesländer-Vereinbarung „Die Soziale Stadt“ unterstützt, in denen es vor allem um die arbeits- und bildungsmarktorientierte Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten geht. Durch die LOS-Projekte sollen sowohl soziale und beschäftigungswirksame Potentiale in den Stadtteilen aktiviert als auch soziale und berufliche Integration in Sozialräumen mit besonderen Integrationsansprüchen verbessert werden. Derzeit sind in Köln Stadtteile wie Kalk, Porz-Finkenbergring, Chorweiler, Bocklemünd-Mengenich in die LOS-Mikroprojektförderung involviert. Soziale Einrichtungen in diesen Stadtteilen entwickeln dadurch innovative Projekte. Weil der Stadtteil Mülheim einen hohen Bedarf an sozialer und beruflicher Integration aufweist und die Arbeitslosigkeit im Stadtbezirk sich über dem Kölner Durchschnitt bewegt, war es bis dato nicht begrifflich, warum Mülheim aus der LOS-Projektförderung ausgeschlossen blieb. In einem gemeinsamen Antrag haben Die Linke.Köln und Bündnis '90/Die Grünen dieses Thema in der Bezirksvertretung Mülheim angesprochen und die Verwaltung aufgefordert, in dieser Angelegenheit initiativ zu werden. Die Bezirksvertretung hat diesem Antrag am 06. Februar einstimmig zugestimmt. Somit werden für soziale Einrichtungen im Stadtteil neue innovative Optionen für eine bessere Vernetzung ermöglicht.

Kemal Bozay

■ Nippes

Bürgerprotest ungehört

Gegen den erklärten Willen der Bevölkerung beharren Verwaltung und die Mehrheit der Lokalpolitiker auf der Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Jesuitengasse/Kapuzinerstraße. Anfang Dezember des letzten Jahres ging die Ampel an der genannten Kreuzung kaputt. Die Instandsetzung der alten Anlage würde circa 25.000 Euro kosten. Eine neue Anlage käme auf circa 100.000 Euro. Die Investitionen, die für einen Kreisverkehr notwendig wären, wären nach 17 Jahren wieder rein geholt. Die Anwohner fordern mit Nach-

druck eine Ampel, weil sie im Kreisverkehr eine Gefährdung insbesondere für Kinder und alte Menschen sehen. Hierbei sei angemerkt, dass in unmittelbarer Nähe Schulen, Kindergärten und auch Altenheime ansässig sind. 800 Unterschriften wurden für den Erhalt einer Ampel gesammelt. Die Fachverwaltung hält den Unterschriften entgegen, dass im Kreisverkehr weniger Unfälle, insbesondere unter Beteiligung von Fußgängern nach Abbiegevorgängen passieren. Weisenstein (DIE LINKE in der Bezirksvertretung Nippes): „Eine Ampel mit Allrotschaltung ist an der Kreuzung Jesuitengasse/Kapuzinerstraße die richtige Lösung. Dies wäre zwar nicht die billigste Lösung, aber die sicherste für Kinder und Senioren, denn Unfälle mit abbiegenden KFZ und Fußgängern sind an solchen Allrotampeln so gut wie ausgeschlossen!“ Leider ließen SPD, CDU und Grüne diese Sachargumente nicht gelten und setzten den Kreisverkehr durch. Es gehört schon eine ordentliche Portion Arroganz dazu, sich nur des Prinzips und ein paar zehntausend Euro wegen über den erklärten Willen hunderter Bürger hinwegzusetzen und auf ein Optimum an Sicherheit für Kinder und Senioren zu verzichten!

Michael Weisenstein

■ Ehrenfeld

Keine Nazis in Ehrenfeld, Porz und anderswo: Köln stellt sich quer

Mit einer Kundgebung und Kulturveranstaltung auf dem Neptunplatz und einer Mahnwache in der Bartholomäus-Schink-Straße wird am 4. März in Ehrenfeld gegen eine neuerliche Provokation der neonazistischen „Kameradschaften“ protestiert. Darauf verständigten sich rund zwei Dutzend Vertreter antifaschistischer Organisationen, Gewerkschafter und Einzelpersonen, unter ihnen auch der Ehrenfelder Bezirksbürgermeister. Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ wurde neu formiert und möchte möglichst viele Menschen in Ehrenfeld und Porz gegen den Naziaufmarsch mobilisieren, der unter der Losung „Multikultur abschaffen! Moscheebau stoppen!“ stattfinden soll. Auf ihrer Sitzung am 30.1. verabschiedete die Bezirksvertretung Ehrenfeld eine Protestresolution gegen den Naziaufmarsch. Mit einem gemeinsamen Aufruf und einer Unterschriftensammlung soll in der Öffentlichkeit zur Teilnahme an den Veranstaltungen und für Spenden zur Deckung der Kosten geworben werden.

Helga Humbach

Diese Auffassung geht davon aus, dass die privatrechtliche Organisationsform der Messe GmbH bedingt, dass es sich nicht um einen öffentlichen Auftrag handelt. Es gibt allerdings auch die Rechtsmeinung, dass die Absicherung des Mietzinses durch den städtischen Haushalt dieses Geschäft faktisch zu einem öffentlichen Auftrag macht.

Egal, wie dies rechtlich bewertet wird: Durch das Gutachten der Bezirksregierung und die Anhörung im Kommunalausschuss des Landtages sind die Vorwürfe gegen die Stadtspitze keineswegs vom Tisch.

Schramma, Soénius und Co. konnten nicht widerlegen, dass Oppenheim-Esch eine extrem hohe Miete verlangen, dass die Baukosten künstlich in die Höhe getrieben wurden, um die Profite der Investoren des geschlossenen Immobilienfonds zu garantieren. Schramma hat sich bis heute nicht dazu geäußert, ob er für sinnvoll hält, 7 Millionen Euro städtische Gelder für die Fantasie-Dienstleistung zu bezahlen, einen Mieter zu suchen. Auch für die restlichen Posten der rund 100 Millionen Euro „Baubebauungskosten“ erhalten Messe und Stadt keinen realen Gegenwert. Sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, die Einschätzung zu widerlegen, dass die Messehallen über 360 Millionen Euro teurer sind als nötig. Sie haben den Vorwurf nicht entkräften können, dass Sparkasse und Stadtspitze dieses Projekt auf den Oppenheim-Esch-Fonds maßgeschneidert haben, um dessen Investoren für das geplatzte Coloneum-Geschäft in Ossendorf zu entschädigen.

Der Regierungspräsident mag wohlwollend sagen, er könne nicht bewerten, ob der Stadt und damit den BürgerInnen durch das Geschäft mit dem Esch-Fonds Schaden zugefügt wurde. Stadtspitze und CDU werfen weiter fleißig Nebelkerzen, die Grünen, SPD und FDP sind weniger bemüht, die Öffentlichkeit umfassend aufzuklären, als vielmehr den eigenen Schopf aus dem Klügel-Sumpf zu ziehen.

Viele Fragen sind noch offen. Der Zwischenstand ist für uns allerdings klar: die Auftragsvergabe an den Oppenheim-Esch-Fonds kommt der Lizenz zum Plündern öffentlicher Kassen gleich. OB Schramma bleibt unter dem Verdacht der Untreue.

Wir werden uns für die vollständige Aufklärung der Affäre einsetzen und fordern, die Geschäfte mit den Oppenheim-Esch-Fonds einzustellen und die bestehenden Verträge zu kündigen oder von Seiten der Stadt zu korrigieren.

Claus Ludwig



Sachkundige Einwohner in den Ausschüssen

Beschwerdeausschuss

Alexandra Bersch



Ich bin Diplom-Sozialpädagogin und freie Autorin. Ich bin in mehreren Erwerbslosen-Initiativen aktiv, u.a. bei den KEAs (Kölner Erwerbslose in Aktion), dort redaktionell am Anzeiger beteiligt und im Erwerbslosenrat Köln. Außerdem bin ich Mitglied in der Arbeiterfotografie. Als Sozialpädagogin habe ich u.a. Erfahrung in der Arbeit mit Obdachlosen und Straffälligen. Als Autorin habe ich mehrere kurze Video-Beiträge zu den Themen Islam und Arbeitsmarktreformen produziert und mache Fotoreportagen. Ich engagiere mich besonders im Kampf gegen Hartz IV und Ein-Euro-Jobs.

Wirtschaftsausschuss

Barbara Kleine



Wirtschaftswissenschaftlerin, berufstätig in einem Kölner Medienunternehmen. Vorstandsmitglied des Kölner Bündnisses „Gemeinsam gegen Sozialraub“. Die wichtigste Funktion meiner politischen Tätigkeit im Rahmen der linken Fraktionsbildung sehe ich in der Informationsbeschaffung für außerparlamentarische demokratische Bewegungen und Initiativen. Darin sehe ich die einzig Chance, die Linke so zu stärken und zu vergrößern, dass sie zu dem notwendigen gesellschaftsverändernden Faktor wird, der in der Lage ist, z.B. die neoliberale Agenda 2010 zu Fall zu bringen.

Ausschuss Bauen und Wohnen

Bernd Weber



Seit Anfang diesen Jahres bin ich als Sachkundiger Einwohner für die Linke.Köln im Ausschuss Bauen und Wohnen der Stadt Köln. Ich gehöre dem linken kommunalpolitischen Bündnis "Gemeinsam gegen Sozialraub" an. Obwohl ich zuletzt als Internetprogrammierer gearbeitet habe, bin ich eigentlich Diplom-Mineraloge. Ich bin 45 Jahre alt und unverheiratet. Selbst von den so genannten Arbeitsmarktreformen betroffen, liegen mir besonders die Interessen von Niedrigverdienern, Arbeitslosen, Rentnern und Sozialhilfeempfängern am Herzen, die ich im Ausschuss nach bestem Vermögen vertreten will.

Rechnungsprüfungsausschuss

Claudia Borchard



Ich 48 Jahre alt, geschieden, Mutter eines 12jährigen Sohnes. Beruflich war ich im Organisations- und Verwaltungsbereich als Assistentin in verschiedenen Dienstleistungsunternehmen tätig. Seit Januar arbeite ich befristet bis Ende Juni als Mitarbeiterin im Fraktionsbüro.

Im Juli 2005 wurde ich Mitglied der WASG, war aktiv im Wahlkampf und bin seit Januar auch Mitglied der Linkspartei.PDS. Am 31. Januar 2006 wurde ich als Beisitzerin in den WASG-Vorstand gewählt. Mit meiner Arbeit im Arbeitskreis Frauen möchte ich erreichen, dass mehr Frauen linke Politik gestalten.

Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün

Hubert Schönthaler



50 Jahre alt, wohne ich seit 1990 in der Domstadt. Historiker, Sprachwissenschaftler und Industriekaufmann, war ich im letzten Fach beruflich tätig. In den 70er Jahren SPD-Mitglied, habe ich mich 2004 dem Bündnis „gemeinsam gegen sozialraub“ (ggs) angeschlossen.

Verkehrsausschuss

Jens Wagner



Ich bin 35 Jahre alt, wohne in Innenstadtbezirk Altstadt-Süd und vertrete Die Linke.Köln als sachkundiger Einwohner im Verkehrsausschuss. Bevor ich 2004 der PDS beitrug, war ich mit mehrjähriger Unterbrechung Mitglied der SPD. Nach meinem Studium der Sozialarbeit an der FH Köln habe ich für den Junkie Bund Köln e.V., die AIDS-Hilfe Köln e.V. sowie anderen Vereinen der akzeptierenden Sozialarbeit gearbeitet.

Meine Schwerpunkte im Ausschuss werden der ÖPNV sein, die Förderung und der Ausbau des Fahrradwegenetzes sowie die Umgestaltung der Verkehrsknotenpunkte mit Fußgängerquerung unter dem Gesichtspunkt einer behindertengerechten Nutzung.

Ausschuss Kunst und Kultur

Wolfgang Breuer

Jahrgang 1938. Wofür ich einstehe:

■ Wo Kultur weg bricht, wird Raum frei für Gewalt. Kunst und Kultur kennen keine Grenzen. Sie dulden keinen äußeren oder inneren Zensor.

■ Kunst und Kultur soll für jeden machbar, erlebbar und bezahlbar sein

■ Schwellenängste zu den Kulturschaffenden und ihren Einrichtungen abbauen und überwinden

■ weg von der akademischen zu mehr sinnlicher Teilhabe an Kunst und Kultur

■ Kunst und Kultur als Muss für die öffentliche Finanzierung

■ Kunst und Kultur als wichtige Signale für die Politik wahrnehmen



Sportausschuss

Felix Schulte



geboren am 31.8.1958 in Hamm (Westfalen), verheiratet, eine Tochter. Mit M.A. abgeschlossenes Studium der Publizistik, Germanistik und Politik. Längere Zeit tätig im öffentlichen Dienst (BAZ), zurzeit Hausmann und Gelegenheitsarbeiter. Mitglied in der WASG seit Juni 2005. Vordem nie in einer Partei organisiert. Unterstützer aller öffentlich zu nutzenden Einrichtungen. Sportbegeistert (aktiv und passiv) von früh an, vormals ganz guter Fußballer. Ich will mich im Sportausschuss vor allem für die nicht organisierten Sportler und Sportinteressierten engagieren, die über keinerlei Lobby verfügen.

Stadtentwicklungsausschuss

Franz-Albert Krämer



57 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Töchter. Verwaltungsangestellter und zur Zeit freigestellter Personalratsvorsitzender in der Agentur für Arbeit Köln. Ich bin Mitglied von ver.di und der WASG. Seit 1980 in der Bezirksvertretung Mülheim, von 1989 bis 1999 im Rat der Stadt Köln und schließlich bis 2004 sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss. In all den Jahren galt mein größtes Interesse der Gestaltung und Entwicklung der Stadt, insbesondere den rechtsrheinischen Stadtteilen. Die Veedel sind die Kernstücke einer lebens- und lebenswerten Stadt. Hieran möchte ich auch in Zukunft weiterarbeiten, aber auch nicht die Innenstadt vergessen. Hier gilt mein besonderes Augenmerk dem Höhenkonzept, das eine ganzheitliche Entwicklung ermöglicht. So kann einer „Flickenteppichentwicklung“ entgegen getreten werden.

WM-Tickets

Am 5. Januar meldete koeln.de: „Mitglieder des Kölner Rats und der Verwaltung dürfen sich freuen: Als eine der zwölf WM-Städte erhält auch die Stadt Köln ein Sonderkontingent von rund 2000 Eintrittskarten. Die Tickets sollen an Ratsmitglieder, Behördenmitarbeiter oder Personen verkauft werden, die sich in besonderer Weise für die WM engagieren.“

Der Protest der Ratsfraktion Die Linke.Köln bewirkte, dass diese nach feudalen Prinzipien beabsichtigte Vergabe der begehrten Tickets, so nicht vonstatten ging. OB Schramma veranlasste darauf, dass der Kreis der „Auserwählten“ etwas gedehnt wurde, wodurch die Verteilung zu kosmetisch besser aussah. Am Prinzip der Willkürlichkeit änderte das freilich nichts. Das Manöver stieß gleichwohl auf positives Medien-echo. Der lokalen Presse wollte nicht auffallen, dass bereits zuvor ein großes - quasi städtisches - Kontingent nach durchaus anstößigen Methoden verteilt worden war.

Der Sportstätten GmbH als Stadionbetreiber wurden bereits in Herbst 2005 vom WM-Veranstalter 806 Karten zur Verfügung gestellt. Gefordert wäre eine öffentliche und transparente Vergabe dieser Karten gewesen, redlich die Berücksichtigung des „gemeinen Einwohners“. Doch solche Überlegungen stellten die Verantwortlichen erst gar nicht an, Ende 2005 waren die Tickets weg.

Erst nach Anfrage der Ratsfraktion Die Linke.Köln zu Kriterien der Verteilung erklärte Sportstättenleiter Rütten: „Wir haben dieses sensible Thema in aller Breite auch im Aufsichtsrat der Sportstätten GmbH diskutiert. Die Karten sind schließlich im Verhältnis 10% Aufsichtsrat, 25% Mitarbeiter/innen und 65% Kunden und Geschäftspartner verteilt worden.“ Das bedeutet, dass je sechs Karten an Mitarbeiter und Aufsichtsratsmitglieder „verteilt“ wurden. Auf die Frage nach dem Verbleib der restlichen 524 Tickets hieß es lapidar, die Kundenkartei der Sportstätten umfasse 12500 Einträge.

Mitglieder des Aufsichtsrates konnten sich allerdings nicht an eine Kriterien-Ab-sprache mit Rütten erinnern. Wolfgang Bosbach (SPD), wollte auf der jüngsten Sitzung des Sportausschusses diesen Punkt noch einmal genauer geklärt haben, bisher ohne Ergebnis. Jene Vertreter des Aufsichtsrates, die auch im Sportausschuss sitzen, hielten sich bei der Frage nach dem Verbleib der an sie „verteilten“ Tickets (als Ratsmitglieder stehen ihnen vermutlich weitere zwei Tickets zu) auffällig bedeckt.

Hat der Geschäftsführer der Sportstätten GmbH diejenigen, die seine Vergabepra-xis hätten wirksam kritisieren können, mit Karten bedacht? Es sollen jedenfalls auch Pressevertreter Karten bekommen haben. Was Mitarbeiter, Aufsichtsrat, Kunden und Geschäftspartner der Sportstätten mit dem begehrten Gut so treiben, bleibt völlig offen. Eine Übertragung von WM-Tickets ist grund-

sätzlich möglich. So überrascht es nicht, dass bei Ebay z.B. Karten für das Vorrundenspiel England – Schweden in Köln für das 5- bis 10-fache des originalen Preises „gehandelt“ werden.
Felix Schulte

Verkehrsausschuss

Eine Brücke, die nichts verbindet

An der Paffrather Straße befindet sich eine 1911 erbaute Brücke, die am Ende der Straße über ein Bahngleis führt und zwei Wohngebiete miteinander verbindet. Besser gesagt: verbinden sollte, denn sie ist seit fast zehn Jahren gesperrt. Darunter zu leiden haben vor allem die vielen älteren Menschen, die in einer in der Nähe gelegenen Senioren-anlage leben. Auch wollen zahlreiche Familien mit kleinen Kindern das Walderholungs-gebiet nutzen. Die meisten Anwohner brauchen die Brücke für den täglichen Einkauf. Doch statt den sicheren Weg über eine Fuß-gängerbrücke zu gehen, sind sie gezwungen, eine für den Autoverkehr gebaute Brücke zu benutzen. Um diese Brücke überhaupt zu erreichen, müssen sie einen Seitenweg neben einer stark befahrenen und unfallträchtigen Verkehrsstraße benutzen, der teilweise nur einspurig verläuft. Im Rathaus ist das Problem bekannt: Der Stadtrat beschloss am 18.12.1997 den Abriss und Neubau der 1994 in Besitz der Stadt übergangenen Brücke. Was dann geschah, lässt sich mit dem einfachen Wort „nichts“ beschreiben.

Jens Wagner

Allg. Verwaltung und Rechtsfragen

„Saubermänner“ greifen Meinungsfreiheit an

Auf der Ratssitzung am 14.2. steht ein FDP-Antrag zur Änderung der Kölner Straßenverkehrsordnung auf der Tagesordnung. Er möchte Verteiler von Infomaterial verpflichten, während und nach der Flugblattaktion in einem Umkreis von 100 m zu überprüfen, ob Passanten Handzettel gewegworfen haben und diese wieder einzusammeln.

Was sich auf den ersten Blick relativ harmlos anhört, ist nicht zu machen: Es geht um ein Areal von 3 ha. Diese Fläche zu kontrollieren und zu säubern, dauert Stunden.

Das Verteilen von politischen Flugblättern ist gerade für Bürgerinitiativen, Studenten und Schüler, Gewerkschaften, aber auch soziale und humanitäre Einrichtungen ein wichtiges Instrument. Die Alternative zum kostenlosen Verteilen von Handzetteln ist die Anmeldung eines Infostandes. Sie kostet inzwischen 27,50 Euro und ist für viele Gruppen nicht mehr zu finanzieren.

Deshalb ist es auch falsch, bei solchen Flugblattaktionen von „Werbung“ zu sprechen. Es ist Meinungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit. Dieses hohe Gut muss unter al-

len Umständen geschützt werden. Deshalb darf es keine Änderung in der Kölner Straßenverkehrsordnung geben.

Jörg Detjen

Aus dem Stadtentwicklungsausschuss

Barmer Viertel wird Brache

Ab 1.3.2006 werden in Köln-Deutz neben der Messe über 300 intakte Wohnungen abgerissen, das „Barmer Viertel“ wird platt gemacht. Vor Jahren schon hatte der Rat der Stadt Köln beschlossen, die rechtsrheinischen Vororte im Bereich der „erweiterten rechtsrheinischen Innenstadt“ Deutz, Kalk und Mülheim aufzuwerten. Mit einer Hochhausbebauung rund um den mit einem riesigen Glasdach neu gestalteten ICE Bahnhof Köln-Deutz sollten die ersten Glanzpunkte gesetzt werden. Doch schon schnell wurde klar, dass eine solche Bebauung auch Gegner auf den Plan rief. So drohte die UNESCO mit der Rücknahme des Domes als Weltkulturerbe, wenn die Errichtung von fünf Hochhäusern verwirklicht würde. Nach kontroversen Diskussionen sagte die Stadt zu, die Planung in dem Bereich wieder auf zu nehmen und Änderungen zu erarbeiten. Ganz klar war auch zu diesem Zeitpunkt, dass der Umbau des Deutzer Bahnhofes durch die DB nicht mehr realisiert und es keine dem alten Plan entsprechend dimensionierte Hochhäuser geben würde. Ebenso war klar, dass interessierte Investoren jetzt nicht mehr so sehr an einer Investition in diesem Bereich interessiert waren. Die Vorbereitungen zum Abriss der Siedlung aber liefen weiter auf Hochtouren. Neue Wohnungen für die alten Mieter wurden errichtet.

Für das sich jetzt im städtischen Besitz befindliche Areal gibt es noch keine neue Planung. Zwar hat der Rat der Stadt Köln im Dezember beschlossen, eine neue Planung einzuleiten, die Verwaltung auch zu arbeiten begonnen, aber letztlich ist es bis heute bei reinen Absichtserklärungen geblieben. So ist ein Investor an dem Gelände interessiert. Er bedarf aber noch weiterer Überlegungszeit. Ob dann überhaupt etwas geschieht und wann, steht völlig in Frage. Nur eines ist klar: Das gesamte Gelände wird für eine nicht gerade kurze Zeit eine Brache bleiben. Dies bejahte auch der zuständige Dezernent auf Anfrage im Stadtentwicklungsausschuss. Unsere Anregung, doch erst mit dem Abriss zu beginnen, wenn tatsächlich eine neue Bebauung realisiert wird und eine Zwischennutzung anzustreben, wurde von der Verwaltung und den anderen politischen Parteien abgelehnt. Jetzt kommt zu den vorhandenen Brachen entlang der rechtsrheinischen Kölner ICE Strecke noch kurz vor dem Herzstück der Stadt eine weitere hinzu – Schöne Aussichten!

Franz-Albert Krämer

Widerstand bündeln – Betroffene stärken

Erstes Forum der Fraktion Die Linke.Köln zum Thema Hartz IV

Das Thema Hartz IV hat sich die Fraktion Die Linke.Köln von Anfang an auf die Fahne geschrieben. Es ist nur folgerichtig, dass sie sich auch mit diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte. Ca. 50 Personen waren der Einladung gefolgt. Für das Eingangsreferat hatte die Fraktion Frau Prof. Dr. Helga Spindler gewinnen können, die das Thema kenntnisreich und von verschiedenen Seiten beleuchtete. Einige Stichpunkte zu ihrem Referat sollen an dieser Stelle genügen:

- Köln war spätestens seit 1998 mit seinen „Musterprojekten“ (MOZART, „Sprungbrett“) Vorreiter und kommunales Labor für Hartz IV.
- Hartz IV ist nicht nur „Armut per Gesetz“, sondern auch die Einschränkung von Rechten und Dienstleistungen und ebnet in vielen Bereichen den Weg für eine Privatisierung von Daseinsvorsorge.
- Die Suppenküchenmilieus dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommune für ihre Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung trägt. Sie muss u. a. dafür sorgen, dass die Leidtragenden von Hartz IV aufgefangen werden und unab-

hängige Beratung und Unterstützung erfahren.

- Frau Dr. Spindler schließt nicht aus, dass auch 1-Euro-Jobs bzw. „Eingliederungsleistungen nach SGB II“ sinnvoll sein können - wenn sie in einem annehmbaren Verhältnis zu Vertragsverhältnissen stehen. Das ist aber nicht der Fall, wenn im großen Stil 1-Euro-Jobs geschaffen, auf Stadt und Verbände verteilt und mit unsinnigen Maßnahmen verknüpft werden.
- Bei aller Kritik an ARGE und Wohlfahrtsverbänden sollten wir den Kontakt zu ihnen unbedingt aufrecht halten - in enger Tuchfühlung mit den Gewerkschaften.

Der anregenden Diskussion im Anschluss an das Referat folgte eine Bearbeitung des Themas in drei verschiedenen Arbeitsgruppen.

Am Beginn der Arbeit der Gruppen standen Kurzinformationen von Vertretern und Vertreterinnen des Personalrates der Stadt Köln, von Frauen gegen Erwerbslosigkeit und Mitgliedern des Erwerbslosenrates. Ziel der Arbeitsgruppen war vor allem, konkrete Schritte für den außerparla-

mentarischen und den parlamentarischen Widerstand gegen Hartz IV zusammenzutragen und auf diese Weise die Betroffenen zu stärken. In der dann folgenden Abschlussrunde, in der die Ergebnisse der einzelnen Gruppen zusammengetragen und noch einmal kurz kommentiert und diskutiert wurden, zeigte sich, dass die Wiedereinführung eines wie auch immer gearteten Köln-Passes eine zentrale Rolle in allen Arbeitsgruppen spielte. Schon vor der Durchführung des Forums hatte sich eine Gruppe von Neumitgliedern der Linkspartei.PDS gebildet, die wild entschlossen waren, eine neue Initiative der Ratsfraktion für einen Köln-Pass anzukurbeln. Sie konnte ihr Vorhaben in der dritten Arbeitsgruppe vortragen und fand dort bei den anwesenden Mitgliedern des Erwerbslosenrates einen wichtigen Verbündeten.

Insgesamt war dieses erste Forum gut besucht, informativ und anregend - offensichtlich für alle Anwesenden, berücksichtigt man die konstruktive Atmosphäre. Was bleibt, ist die konkrete Umsetzung zahlreicher Vorschläge aus den Arbeitsgruppen.

Michael Kellner

Arbeitsgruppe 1

Armut per Gesetz – und der Kampf ums tägliche Brot

Brigitte Erdweg von Frauen gegen Erwerbslosigkeit schildert in ihrem kurzen Eingangsreferat die aktuelle Situation:

Die Umstellung auf Hartz IV zu Beginn 2005 hatte und hat noch immer ein unglaubliches Chaos zur Folge.

Leistungen werden nicht pünktlich oder gar nicht ausbezahlt. Abschläge werden kaum genehmigt. Qualifizierungsangebote gab es zunächst nur wenig, Bildungsgutscheine überhaupt nicht.

Der Verwaltungsaufwand für die Einrichtung eines 1-Euro-Jobs ist unvorstellbar. Man kann täglich Stunden damit verbringen.

Viele Qualifizierungsmaßnahmen sind für die ALG II – Empfängerinnen und – Empfänger ein alter Hut. Sie haben bereits alle möglichen Maßnahmen hinter sich und ihre Bewerbungsmappen stapeln sich zu Hause.

Viele, die einen Niedriglohn erhalten – oft nur 5 Euro pro Stunde – wissen nicht, dass sie zusätzliche Mittel beantragen können.

Noch gibt es keine Welle von Umzügen. Allerdings müssen die Betroffenen den Teil der Mietkosten, der nicht erstattet wird, selber zahlen.

In der weiteren Diskussion wurden u. a.



folgende Punkte genannt, die es für die nächste Zukunft zu bearbeiten gilt:

Warum dauert die Aktenübergabe der ARGE an das Sozialgericht so lange?

Der Köln-Pass muss unbedingt wieder in Angriff genommen werden.

Wie steht es mit der Lernmittelfreiheit für ALG II – BezieherInnen?

Der Auszahlungsmodus des ALG II muss unbedingt überprüft werden.

Es scheint immer wichtiger zu werden, einen Gang zur ARGE mit einem Beistand zu verbinden.

Im weiteren Verlauf des Abends wies Brigitte Erdweg darauf hin, dass das Thema Arbeit auch von einer positiven Seite aus – z. B. in Verbindung mit tariflich abge-

sicherter Beschäftigung – bearbeitet werden müsse. Als positives und bereits praktiziertes Beispiel (u. a. in Mecklenburg-Vorpommern) wurde in der Versammlung der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor genannt.

Michael Kellner

Arbeitsgruppe 2

1-Euro-Jobs: Gegenwehr und Alternativen

In diesem Arbeitskreis waren zwei Personalräte anwesend, die einen wichtigen Blick auf die Seite der „Abwickler“ von 1 Euro – Jobs gaben.

Sie schilderten ihre Position als unbequem, teilweise bedingt durch die Überforderung der Arbeitsagentur-MitarbeiterInnen im vergangenen Jahr.

Sie räumten ein, dass mit einigen 1-Euro-Jobs versucht wird, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu besetzen. So ist gerade ein Klageverfahren anhängig, um zu klären, inwieweit Stellen in öffentlichen Bibliotheken mit 1-Euro-Jobs abgedeckt werden dürfen. In anderen Fällen, etwa bei Küchenhilfen in Kindertagesstätten oder Halbwartanten an Schulen, hilft den Fallmanagern die Positivliste, die von Gewerkschaftsvertretern im Beirat der ARGE entwickelt wurde.

Insgesamt versicherten sie, gegen 1-Euro-Jobs vorzugehen, die nicht zusätzlich sind, sondern reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzen würden und alle Möglichkeiten zu nutzen, dies zu überprüfen. Gleichzeitig wurde von mehreren Seiten eingeräumt, dass die Zusätzlichkeit oft schwierig festzulegen ist. Wichtig ist ferner diese Arbeitsgelegenheiten darauf zu prüfen, ob sie einen ausreichend großen Qualifizierungsanteil enthalten, und sie sollten das Volumen von 30 Stunden in der Woche nicht überschreiten.

Die Position, 1-Euro-Jobs seien sinnvoll bei Personen, die keinen „normalen“ Job durchhalten können und langsam an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden müssen, wie z.B. Ex-Junkies, stieß auf Kritik. Insbesondere Betroffene aus den Erwerbsloseninitiativen erklärten, Schwierigkeiten mit solch einem instrumentellen Blick zu haben.

Einig waren sich alle Anwesenden darüber, dass breite Bündnisse geschlossen werden müssen. Hierbei ist es auch notwendig mit Institutionen zu paktieren, die nicht als totale Ablehner der 1-Euro-Jobs gelten können wie z.B. die Wohlfahrtsverbände.

Auch die Gewerkschaft muss in die Pflicht genommen werden. Das könnte über konkrete Maßnahmen geschehen, z.B. Schulungen über die Kriterien von Zusätzlichkeit oder über ihre Fähigkeit, Öffentlichkeit herzustellen, etwa über die Diskussion von Beispielfällen. Über diese konkreten Maßnahmen hinaus wurde weiter eine inhaltliche Positionierung der Gewerkschaften gefordert.

An diesem Abend war zu wenig Zeit da, um eine Strategie gegen die 1 Euro – Jobs zu entwickeln. Teil dieser Strategie sollte eine Kampagne sein. Das Fraktionsbüro kann dabei die Vernetzung der Beteiligten unterstützen.

Außerdem wurde vor der Gefahr gewarnt, das Thema nach der Veranstaltung als abgehakt zu betrachten. Es braucht noch weitere Vernetzungstreffen der Fraktion mit Initiativen, Verbänden und Betroffenen, um handlungsfähig zu werden.

Auch wenn man nicht in allen Punkten einer Meinung war: Einig waren sich alle darüber, dass die Aufgabe, die vor uns liegt,

riesig sei. Zu ihrer Lösung ist sowohl der prinzipielle Widerstand als auch konkrete Bemühungen von Nöten.

Andrea Kostolnik

Arbeitsgruppe 3

Mobil ist Muss!

Der ungefähr 15 Mitglieder umfassende Arbeitskreis befasste sich unter der Überschrift Mobil ist Muss! mit der Wiedereinführung eines Ausweises, der es Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen soll, den ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) im Kölner Stadtgebiet verbilligt nutzen zu können. Im Prinzip handelt es sich um die Wiedereinführung des ehemaligen Köln-Passes, entweder in seinem gesamten Umfang inklusive reduziertem Eintritt bei vielen kulturellen Einrichtungen wie Theater, Zoo, Schwimmbäder usw. oder aber ausschließlich zur vergünstigten Nutzung von Bus und Bahn. Natürlich gab es auch in unserer Arbeitsgruppe Aspekte, in denen die Meinungen spontan übereinstimmten, andere Aspekte wurden kontrovers diskutiert. Es herrschte bei allen Teilnehmern von Beginn an Einigkeit darüber, dass der Kreis der Berechtigten möglichst weit gefasst werden muss, also auch Bezieher geringer Erwerbseinkommen und nicht ausschließlich Erwerbslose einbezogen werden müssen.

Höchst unterschiedliche Meinungen wurden hingegen bezüglich des Preises für dieses Mobilitätsticket und dessen Finanzierung vertreten. Während einige Teilnehmer der Meinung waren, die in SGB II für Mobilität vorgesehene Bedarfspauschale von monatlich 20,70 Euro sei als Kaufpreishöchstgrenze zumutbar, wurde von anderen gefordert, die Benutzung des ÖPNV müsse, genauso wie die Teilnahme am kulturellen Leben, kostenfrei sein.

Auch die Finanzierungsvorschläge waren höchst unterschiedlich. Sie reichten von Finanzierung über die eben dafür vorgesehene Bedarfspauschale in Verbindung mit einem Niedrigpreis für Großabnehmer,

über die Verwendung der Bedarfspauschale in Verbindung mit kommunalen Zuschüssen, bis zu Finanzierung aus Unternehmensgewinnen, wie z.B. der Sparkasse KölnBonn. Auf sehr breite Zustimmung stieß auch der Vorschlag der Einführung eines Berechtigungsausweises, den die zuständigen Arbeitsgemeinschaften ausstellen könnten, um den Betroffenen den Nachweis der Berechtigung zu erleichtern. Vom Stadtrat der Linken.Köln, Jörg Detjen, kam die Aufforderung, die Politik durch gezielte Aktionen von Außen unter Druck zu setzen, so wie die Aussage, er und die Ratsfraktion stehen hinter dem Mobilitätsprojekt und würden zu gegebener Zeit gerne einen gleich lautenden Antrag einbringen.

Als Ergebnis kann man nach einstündiger angeregter Diskussion festhalten, dass Menschen aus der Linkspartei, GgS und der Kölner Erwerbslosenrat gemeinsame Aktionen zur Wiederherstellung der Mobilität in Köln planen. Auch andere Gruppen, wie Gewerkschaften, Kirchen und Prominente sollen in dieses Projekt eingebunden werden. Insgesamt war die Stimmung eher optimistisch, was die Chance angeht, einen entsprechenden Antrag mit einer breiten Unterstützung auch außerhalb des parteilichen Umfeldes unserer Ratsfraktion durchzubringen.

Dunja Hornung

Forum

Wechselnde Mehrheiten – Kann man was bewegen?

Donnerstag, 23. März, 19.30 Uhr, Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Fortsetzung von Seite 1

Eine solche Arbeit kann und will die ARGE aber weder rechtlich noch personell leisten: „Der von der GEZ gewünschte Abgleich des Bewilligungsbescheides mit den von den Kunden erfassten Daten auf dem Antrag auf Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht durch die ARGE kann nicht geleistet werden und ist unter Berücksichtigung des oben beschriebenen standardisierteren Verfahrens zudem unnötig.“

Damit bleibt für die Empfänger von Arbeitslosengeld II alles beim Alten – zumindest was die Wartezeit auf den Bescheid der GEZ betrifft. Erschwerend kommt für sie noch hinzu, dass der Sozialtarif von der Te-

lekom an die Gebührenbefreiung der GEZ gekoppelt ist und nicht rückwirkend gewährt wird. Man kann sich leicht ausrechnen, wie viel die Telekom spart, wenn man eine Bearbeitungszeit von einem Monat für die Befreiungsanträge bei der GEZ ansetzt. Vielleicht ist das der Grund, warum die Verhandlungen der GEZ und der Landesrundfunkanstalten mit der Telekom diesbezüglich gescheitert sind. So warten die Anträge bei der GEZ, die Beschwerden bei der ARGE, die nicht ausgezahlten Gelder der Telekom gut angelegt bei den Banken und vor allem diejenigen, die Arbeitslosengeld II beziehen. Und wenn sie nicht gestorben sind, warten sie noch immer.

Michael Kellner

Goldener Handschlag für Rheinenergie-Chef Haumann

Rentenalter gesund erreicht, vorher gut bezahlter Vorstandsvorsitzender eines großen Unternehmens, Ersparnisse und satte Rente, was will man mehr? Rheinenergie-Boss Helmut Haumann wollte mehr. Er ließ sich 2002 seinen Vertrag übers Rentenalter hinaus verlängern.

Oberbürgermeister Schramma sowie CDU-Eminenz und Rheinenergie-Aufsichtsratschef Bietmann genehmigten das gerne für den ehemaligen Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion. Bietmann freute es: So konnte er sich damals die Option offen halten, selbst Haumanns Nachfolger zu werden. Dann wollte Haumann doch lieber den Ruhestand einleiten. Mehr wollte er aber immer noch.

Er schloss 2004 einen „Beratervertrag“ ab, der ihm für 15 Monate bis zu 450.000 Euro einbringen sollte. Dafür sollte er eini-

ge Stunden in der Woche seinen Nachfolger einarbeiten und Stiftungen der GEW und Rheinenergie betreuen. Der „Viererausschuss“ des Aufsichtsrates hatte dem vergoldeten Abschied auf Raten für den werdenden Pensionär zugestimmt.

Leider kam das Ganze Anfang des Jahres an die Öffentlichkeit und sah doch zu sehr nach Begünstigung und Abzocke aus. Für SPD-Fraktionschef Börschel mal wieder eine Gelegenheit, den Aufklärer des Klüngels und den Rächer der Enterbten zu geben.

In diese Rolle schlüpft er gerne, wenn aufgefallen ist, dass ein Klüngler über die Stränge geschlagen hat. Dass er selber als Mitglied des Aufsichtsrats-„Viererausschusses“ den Beratervertrag durch gewunken, zumindest nicht widersprochen hat, überspielt er leicht.

Nach einigem Hin und Her war Haumann nicht mehr haltbar. Der Beratervertrag wurde vom Aufsichtsrat im Januar 2006 aufgelöst. Ende gut, alles gut? Mitnichten. Denn Haumann steht, da sein Vertrag als Geschäftsführer „vorzeitig“ aufgelöst wurde, eine Abfindung zu. Abgezockt wird also doch, diesmal allerdings ganz legal.

Der Skandal beginnt nicht mit dem „Beratervertrag“. Er beginnt mit der Vertragsverlängerung und dem Einräumen der Möglichkeit einer Abfindung trotz Erreichen des Rentenalters. Die Nicht-Offenlegung der Bezüge und Geschäftsbeziehungen der Manager und Aufsichtsrats-Mitglieder von Unternehmen mit städtischer Beteiligung bilden das Biotop, auf dem Günstlingswirtschaft und Bereicherung Einzelner gedeihen. *Claus Ludwig*



Neujahrsempfang der Fraktion *Die Linke.Köln* am 21. Januar 2006, Claus Ludwig und Jörg Detjen

Wir sind Fraktion: Neue Räume, neue Mitarbeiter

Mit der Fraktionsbildung stehen uns mehr Räume und Geld für Personal zur Verfügung. Im Moment läuft der Umzug in größere Büros noch. Voraussichtlich Anfang März werden wir dann endgültig eingerichtet sein. Dann sind wir im Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, Raum 323, gegenüber dem alten Büro der Linkspartei.PDS zu finden. Telefonnummer, Fax und Email bleibt beim Alten.

Wolfgang Breuer, der bisher das Büro leitete, bleibt als Assistent des Vorstandes weiter an Bord. Ab Januar kümmern sich zusätzlich *Andrea Kostolnik* und *Claudia Borchard* um die Organisation. Im Sommer wird *Heinz Peter Fischer* dann *Claudia Borchard* ablösen.

Das Büro ist künftig von 8.30 Uhr bis 17 Uhr besetzt, freitags bis 15 Uhr.

Termine

noch bis Mi, 22.2.
Ausstellung: „Arisierung“ in Köln – „Deutsche verwerten ihre jüdischen Nachbarn“
VHS Studienhaus am Neumarkt/Josef Haubrich Hof

Do, 23.3., 19.30 Uhr
Forum der Fraktion *Die Linke*. Köln im Rat der Stadt Köln: Wechselnde Mehrheiten – Kann man was bewegen?
Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Bitte kostenlos schicken

Platzj abbeck

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzj abbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte über Aktivitäten informiert werden

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ _____

Ort _____

Die Linke.Köln
Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln